

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Dezember 1960

168/J

Anfrage

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r, Dr. Z e c h m a n n und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Massnahmen, die geeignet sind, die am 1.I.1961 zu erwartenden weiteren Preiserhöhungen für die öffentlichen Beamten aufzufangen.

-.-.-.-

Der Österreichische Beamtenbund, Gewerkschaft der Berufsbeamten in Wien I., Habsburgergasse 5, strebt eine Teuerungszulage gem. § 88 des Gebührengesetzes für alle öffentlichen Angestellten an. Schon in den vergangenen Jahren haben die Preise eine steigende Tendenz aufgewiesen, durch die nunmehr beschlossenen bzw. in Aussicht gestellten Erhöhungen von Tarifen und Steuern usw. ist eine weitere Preiserhöhung zu erwarten. Dies trifft insbesondere die Angestellten des öffentlichen Dienstes, die vielfach mit ihren Bezügen der Wirklichkeit nachhinken.

Es erscheint daher angezeigt, als provisorische Massnahme ab 1.I.1961 bis zur endgültigen Regelung der von den Beamten vorgebrachten Forderungen, eine Teuerungszulage zu gewähren.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung die

Anfrage:

Ist die Bundesregierung bereit, Massnahmen in Erwägung zu ziehen, die geeignet sind, die durch die empfindliche Preissteigerung bewirkte Teuerung für alle öffentlichen Angestellten aufzufangen?

-.-.-.-.-